

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Zeitungspfeiler und in jeder Woche ein Bild

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeitungspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18696. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,20 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höchster Notwendigkeit besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Druckpreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 21. Februar 1928 Nummer 44

Streik gegen die Verbindlichkeitserklärung

Wieder eine SPD-Hezge erledigt — Gewaltige Kampfundgebungen der Metallarbeiter — 5 statt 15 Pfennig — Die Reformisten bereiten die Abwürgung vor

Brecht die Unternehmerdiktatur

Der Reichsarbeitsminister hat heute die Parteien zu einer „unverbindlichen Aussprache“ über eine etwaige Verbindlichkeitserklärung des mitteldeutschen Schiedsschieds nach Berlin geladen.
Die Erbitterung der Metallarbeiter ist grenzenlos. Einmütig sind sie für Ablehnung des Schiedsspruches, für Streik gegen jede Verbindlichkeitserklärung, für Weiterführung des Kampfes bis zum vollen Siege.

Anstatt 15 Pfennig sieht der Schiedsspruch lumpige 5 Pfennig vor. Statt der Laufzeit bis zum 30. September, wie selbst im ersten Hungerstreik schiedsrechtlich war, soll jetzt der Hungerlohn bis zum 31. Dezember unabänderlich sein. Wiedereinstellung der Arbeiter soll nach „Betriebsmöglichkeit“ erfolgen. Damit ist den Unternehmern zu der willkürlichen Aussperrung Tür und Tor geöffnet.

Angesichts dieser schändlichen Tatsachen und der erbitterten Massenstimmung beschloß die gestrige Junktionskonferenz des DMB Magdeburg-Anhalt, die in Halle tagte,

einmütig die Ablehnung dieses provokatorischen Schiedsspruches

und forderte von dem Hauptvorstand des DMB, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verbindlichkeitserklärung des Hungerstreikschiedspruches zu verhindern. Die Reformisten wagten nicht, wie ursprünglich geplant, für den Schiedsspruch einzutreten. Wählte doch selbst der gestrige Abend-Vorwärts in einem Bericht aus Mitteldeutschland erklären: „Die Entrüstung ist auch in den Kreisen der gewaltigen Metallarbeiterschaft so groß, daß hier entschiedene Reizung besteht, auch im Falle der Verbindlichkeitserklärung den Kampf fortzusetzen.“ Da eine Verbesserung des Schiedsspruches nur mit Zustimmung beider Parteien erfolgen kann, was bei der Unternehmerbrutalität ausgeschlossen ist — die Unternehmer lehnen schon den jetzigen Schiedsspruch ab, weil er „zu hoch“ ist — verbreitet die heutige Unternehmerpresse schamlos, daß der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch ja auch trotz beiderseitiger Ablehnung „im öffentlichen Interesse verbindlich erklären kann“.

Das scheint auch der Plan des Reichsarbeitsministers zu sein, während gleichzeitig die Unternehmer mit aller Kraft die Vorbereitungen für die Generalaussperrung weitertreiben.

Der ADGB rührt sich nicht.

Der Beirat des DMB beschleunigte nach vor wenigen Tagen den Kampfen, daß er „ruhig und gelassen“ diesem erbitterten Kampfe und der Aussperrungsankündigung zuschau. Er beschloß keine einzige Kampfmaßnahme. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, das haben alle bisserigen Bewegungen bewiesen, warten nur auf die Verbindlichkeitserklärung, um sofort wie Papageien zu erklären: Gegen den „gesetzlichen Schiedsspruch“ dürfen die Gewerkschaften nichts unternehmen, die Arbeiterchaft muß ihn anerkennen und ihr Hungerleben weiter fristen. Aus wohl-demagogischen Gründen halten sie jetzt im Kampfgelände noch einige radikale Reden, würgen aber gleichzeitig trotz Urabstimmung alle Solidaritätskämpfe ab und „verlagern“ die Kämpfe „bis zur Erledigung des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes“.

Die vorliegenden Berichte aus dem ganzen Reiche aber zeigen, daß die Arbeiterchaft in Deutschland die Bürgerdiktatur und Koalitionspolitik mit organisierter Massenaaktion beantworten wird und darauf drängt,

mit dem gesamten Ausbeuterpack gründliche Abrechnung zu halten.

Wir Kommunisten erklären, daß jetzt mit der schamlosen sozialdemokratischen Kommunistenheze in den Gewerkschaften, mit dem Mißbrauch der Gewerkschaftsorganisation und -presse für die Wahlpropaganda und Koalitionspolitik der SPD Schluß gemacht wird und werden muß. Die Kameraden in Mitteldeutschland, die ganze deutsche Arbeiterklasse, fordert jetzt gebieterisch

Einjah der ganzen Kraft der Gewerkschaften.

Die Millionenarmee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen das Unternehmertum und den Schlichtungsapparat des Bürgerblocks muß jetzt nicht nur in Mitteldeutschland erkennen: 800 000 Metallarbeiter stehen vor der Aussperrung. 4 Millionen deutscher Arbeiter stehen vor dem Ablauf der Tarife. Das Proletariat muß die

Gewerkschaftsleitungen zwingen, an Stelle der papierenen Resolutionen
eindeutige Kampfmaßnahmen zu treffen, die die frechen Ausbeuter niederschlagen können:
Sofortige Beteiligung der wichtigsten Industriezweige im unmittelbaren Kampfgebiet!
Einbeziehung der Bergarbeiter, Transportarbeiter, Chemikarbeiter, Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter in den Abwehrkampf!
Kampfbündnis dieser wichtigen Industriegruppen!
Sofortige Versammlungen und Massendemonstrationen im ganzen Reiche!
Finanzielle Organisierung und politische Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Abrechnung mit dem Feindkapital!

Das sind die ersten Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmerpläne und die Schlichtungsquintessenz. Die Zeit des Redens, der papierenen Resolutionen ist vorbei.

Es muß gehandelt werden!

Die Arbeiterchaft muß dieses entschiedene Handeln erzwingen, sie muß den Kampf selbst aufnehmen. Die Gewerkschaftsbureaufüraten, die Führer der SPD setzen alle Kraft daran, den Kampf abzubrechen, es nicht zu einer

weiteren Generalaussperrung kommen zu lassen. Der Vorwärts wagte es gestern nicht, unter dem Druck der Berliner Metallarbeiter den 5-Pfennig-Schiedspruch als einen Erfolg hinzustellen. Brutaler, struppeliger und fester geht die sogenannte säkische linke Presse ans Werk der Abwürgung. Vor allen Dingen die Dresdner Volkszeitung und die „radikale“ Leipziger Volkszeitung. Diese Linken glauben, mit ihren Phrasen die Arbeiter derart verwirrt zu haben, daß sie es wagen können, der Arbeiterchaft jede Provokation zu bieten. Die Dresdner Volkszeitung verländelt gestern in großen Lettern „5 statt 3 Pfennig“. Sie will damit den Metallarbeitern den Hungerstreik noch als einen Erfolg hinstellen. Zwar schreibt sie, daß die Metallarbeiter sich nicht bei diesem Spruch begeistern könnten, daß aber „der neue Schiedsspruch nunmehr rasch für verbindlich erklärt werde“.

Kein Wort zum Kampf gegen diesen Schiedsspruch. Die Volkszeitung lehnt die Annahme und die Kapitulation vor der Verbindlichkeitserklärung einfach voraus. Dabei vollführt sie ihr demagogisches Manöver „5 statt 3 Pfennig“. Die Leipziger Volkszeitung wandert in den gleichen Bahnen. Sie verländelt erleichtert, „Keine Generalaussperrung?“ „2 Pfennig mehr!“ Die Leipziger Volkszeitung druckt die Kölnische Volkszeitung ab, lehnt darüber die Ueberschrift „Was nun?“ Aus der K. V. bringt sie dann folgendes Zitat:

Nach den langwierigen, infolge der Ueberreizung der gegenseitigen Forderungen mehrfach unterbrochenen Schlichter-Verhandlungen darf man annehmen, daß die nunmehr zu-

Kampfbereitschaft der Arbeiter Massenkundgebungen im Reiche

Die Kommunisten erzwingen kommunale Unterstützung der Streikenden. — Nach 8 Stunden Schlaf mit der Schinderel

Die Belegschaft der Firma Krautwald, Torgauer Straße 18, Maschinenfabrik, beschloß als Antwort auf die Aussperrungsandrohung der Unternehmer, die Ueberstunden zu verweigern. Der Beschluß wurde einstimmig angenommen und ab gestern geschlossen durchgeführt.

Massenaufmarsch zum Kampf

Hamburg, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Auf den Ruf der Kommunistischen Partei sammelten sich auf dem Heiligen-Geist-Feld 7000 Hamburger Metallarbeiter zum Protest gegen die Aussperrung in der deutschen Metallindustrie, gegen die brutalen Vorstöße der Hamburger Werftindustriellen und aus Solidarität für die in Mitteldeutschland kämpfenden Kameraden.

Bremen, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kommunistische Partei hatte zu gestern eine Protestkundgebung gegen den Schlichtungszwang des Bürgerblocks, die Aussperrungsandrohung der Unternehmer und für die Solidarität mit den mitteldeutschen Metallarbeitern einberufen. Es ver-

sammelten sich 2500 Bremer Arbeiter, die einmütig gelobten, den Kampf der Metallarbeiter und der ganzen deutschen Arbeiterklasse mit allen Kräften zu unterstützen, bis der Bürgerblock gekürzt, der Schlichtungszwang beseitigt und die Forderungen der Arbeiterchaft erfüllt sind.

Halle, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern abend fand eine von der KPD einberufene öffentliche Demonstrationssammlung statt, zu der mehr als 7000 Arbeiter aufmarschierten und gelobten, alles für den Sieg der Metallarbeiter in Mitteldeutschland zu tun. Um die Unterstützungsaktion zu verbreitern, ist der Ausbau der Kampffront zu erlangen und gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches der Kampf für die alten Forderungen unbehelligt und rücksichtslos bis zum Siege weiterzuführen.

Trotz Heze der Gewerkschaften kommunale Unterstützung

Die SPD stimmt unter dem Druck der Massen zu
Halle, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Stadtordnungsversammlung drachten die Kommunisten, unbehelligt der sozialdemokratischen Heze gegen die kommunale Unterstützung für die Streikenden, einen Antrag ein, der von der Kommune Milch, Kohlen und Erlaß der Miete für die Streikenden fordert. Unter dem Druck der Massen stimmte plötzlich die sozialdemokratische Fraktion für diesen kommunistischen Antrag.

während bis heute die Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Führer ihre Heze gegen die KPD weiter führen und die gewerkschaftlich organisierten kommunistischen Gemeindevorsteher wegen Stellung von solchen Anträgen mit dem Ausschluss aus der Gewerkschaft bedrohen.

Der Antrag wurde von der Bürgerblockmehrheit in Halle abgelehnt. Es wurde aber ein Votum angenommen, nach dem die Kinder der Streikenden unter sechs Jahren Milch erhalten, und die Kinder über 6 Jahre, die die Schule besuchen, täglich mit Milch und Semmel durch die Kommune versorgt werden.

100000 Chemiarbeiter vor dem Kampf

In einer vom Fabrikarbeiterverband einberufenen Konferenz für Mitteldeutschland, die sich mit dem Ablauf der Tarifverträge beschäftigt hat, wurden die örtlichen Tarifkommissionen der einzelnen Sektionen beauftragt, unverzüglich die Tarifkommissionen einzuberufen und sich mit der Kündigung der Lohnverträge zu beschäftigen. Es kommen in Betracht die Sektionen: Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Köln-Stadt und -Land, Elberfeld, Essen, Hamburg und Mitteldeutschland, insgesamt sind in diesen Sektionen über 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die örtlichen Gewerkschaften haben sich diesem Vorhaben angeschlossen.



115 000 kommunistische Stimmen sind selbst für diesen grohen Maul etwas zu happig.